



Politischer Informationsdienst aus Berlin

für den Wahlkreis 119 - Essen II -
Herausgegeben von Jutta Eckenbach MdB (CDU)

Sitzungswoche vom 20.04. bis 24.04.2015




Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

nach drei sitzungsfreien Wochen nahm der Parlamentsbetrieb in Berlin wieder volle Fahrt auf. Beherrschendes Thema in dieser Woche war und ist die Asylpolitik der Bundesregierung. Es stellt sich weiterhin die Frage, wie den zahlreichen Flüchtlingen hier in Deutschland geholfen werden kann. Eine Gruppe stellen dabei die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge dar. Eine andere Frage ist die Förderung von Asylbewerbern als Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt. Ihre sprachliche Förderung ist einer der wichtigsten Bausteine für eine zukünftige Integration ohne weitere Belastung der öffentlichen Haushalte. Die intensiven Beratungen werden sicherlich in den kommenden Monaten andauern.

Ein weiterer debattenreicher Schwerpunkt war die 100. Jährung der Massaker an den Armeniern am 24. April 1915. Dieses Ereignis steht beispielhaft für die Geschichte der Massenvernichtungen, der ethnischen Säuberungen, der Vertreibungen, ja der Völkermorde, von denen das 20. Jahrhundert auf so schreckliche Weise gezeichnet ist. Den von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verabschiedeten Antrag an die Bundesregierung können Sie auf der Homepage der Fraktion unter www.cducsu.de nachlesen.

Herzlichst, Ihre



In dieser Ausgabe:

Der Bund, die eierlegende Wollmilchsau

Rede im Plenum zum Thema Langzeitarbeitslosigkeit

Gespräche zur Kinder- und Jugendhilfe

Umsetzung des Mindestlohns praxistauglich machen

Mehr Geld für Familien mit Kindern

Vorschau für die kommende Woche

... zu guter Letzt ...

Der Bund, die eierlegende Wollmilchsau

In der vergangenen Woche war zu lesen, dass die NRW-Ministerpräsidentin anlässlich des 2. Flüchtlingsgipfels wieder die Hand nach Berlin und damit zum Bund ausstreckt. Denn schließlich sei der wohlhabende Bund nicht in der Lage Gelder an das arme Bundesland NRW zu geben, um die noch ärmeren Kommunen zu entlasten. Diese Forderungen kann ich nicht gelten lassen!

Um eines vorab klar zustellen: der Bund hatte Ende 2014 mit rd. 1,3 Bill. Euro einen mehr als doppelt so hohen Schuldenstand als die Länder. (Nur Bremen, Berlin und das Saarland weisen eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung als der Bund auf.) Während der Bund mit Zinszahlung von rund 25,9 Mrd. Euro belastet ist, zahlen die Länder 16,2 Mrd. Euro. Dass ausgerechnet NRW immer noch schlechter dasteht als vor der Wirtschafts- und Finanzkrise spricht Bände. NRW musste im vergangenen Jahr noch 2,3 Mrd. Euro an neuen Schulden aufnehmen, in diesem Jahr kommen noch 1,9 Mrd. Euro und im kommenden Jahr 1,5 Mrd. Euro dazu, während die Neuverschuldung im Jahr 2008 rund 1,2 Mrd. Euro betrug.

Hinsichtlich der Unterstützungen des Bundes gegenüber den Kommunen wurde im Rahmen des Asylkompromisses zwischen den Ländern und dem Bund vereinbart, dass der Bund den Ländern 500 Mill. Euro für 2015 und 500 Mill. Euro für 2016 (insg. **1 Mrd. Euro**) für die Asylpolitik zur Verfügung stellt. Auf NRW entfielen damit 108 Mill. Euro. NRW gibt aber nur 54 Mill. Euro an die Kommunen weiter. Die andere Hälfte fließt in den Landeshaushalt. Und wie lauten die Darstellungen aus der Staatskanzlei? NRW erhöht Pauschalzahlungen an die Kommunen und baut neue Flüchtlingsunterkünfte, aber der Bund tut nichts.



Sitzung der AG Ruhrgebiet (v.l.: Oliver Wittke, Dr. Ralf Brauksiepe, Jutta Eckenbach)

Das ist schlichtweg falsch. Mit den Geldern vom Bund finanziert das Land NRW Verpflichtungen, die es selbst gegenüber den Kommunen zu leisten hat. Für mich will hier jemand die Musik bestellen, aber nicht bezahlen.

Zusätzlich zu den Zahlungen für Flüchtlingshilfe hat der Bund für die Jahre 2010 bis 2018 zugunsten der Länder und Kommunen ein **123 Milliarden-Paket** bereitgestellt. Dieses Paket beinhaltet:

- Der Bund stellt für soziale Leistungen der Kommunen (u.a. Übernahme Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Kosten der Unterkunft beim ALG II, Asylkompromiss) allein in diesem Jahr fast 8 Mrd. Euro zur Verfügung. In den Jahren 2010 bis 2018 summieren sich die Entlastungen in diesem Bereich auf rd. **60 Mrd. Euro**.
- Im Bereich Familie und Bildung (u.a. Exzellenzinitiative, Hochschulpakt, BAföG, Betriebskostenzuschuss für Kitausbau, Kindergelderhöhung) summieren sich die Leistungen des Bundes an Länder und Kommunen in diesem Zeitraum auf gute **45 Mrd. Euro**.
- Im Bereich Investitionen (u.a. Entflechtungsmittel, Kommunalinvestitionsfonds, Kitausbau) sind es **rd. 18 Mrd. Euro**, im laufenden Jahr allein 6 Mrd. Euro.

Hinzukommen noch weitere Investitionen in Höhe von 22 Mrd. Euro für die Städtebauförderung, den Ausbau von wirtschaftsnahen Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) und für die Ausgestaltung zentraler Fördermaßnahmen der Agrarstruktur und der ländlichen Entwicklung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), sowie für Denkmalschutzprogramme.

Wiederholt muss auch festgehalten werden, dass eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen gemäß unserer Finanzverfassung in der Verantwortung der Länder liegt.

Statt in immer neuen Runden nach noch mehr Geld des Bundes zu rufen, sollten die Länder ihrer Verantwortung gerecht werden und das vom Bund bereits zur Verfügung gestellte Geld an die Kommunen weiterleiten.

Rede im Plenum zum Thema Langzeitarbeitslosigkeit



In der Plenardebatte zu Langzeitarbeitslosigkeit am Freitag habe ich die Maßnahmen der Bundesregierung zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit als positiv bewertet und dennoch deutlich gemacht, dass die CDU/CSU-Fraktion noch weitergehende Vorstellungen hat. Wir müssen stärker als bisher personenzentriert arbeiten sowie das Coaching und die psychosoziale Begleitung schwer vermittelbarer langzeitarbeitsloser Menschen intensivieren. Über ein Stufenmodell sollen sie an die Arbeitswelt wieder herangeführt werden. Eine geförderte Beschäftigung bei einem öffentlichen Arbeitgeber kann jedoch keine dauerhafte Lösung sein. Vielmehr sehe ich die Chancen bei einer geförderten Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt, also in Handwerksunternehmen oder sonstigen Betrieben. Das ist die Brücke zu einer regulären Arbeitsstelle – d.h. ohne öffentliche Förderung - in einem Betrieb.

Meinen vollständigen Redebeitrag können Sie unter www.bundestag.de oder auf meiner Homepage nachlesen oder als Video ansehen.

Gespräche zur Kinder- und Jugendhilfe

Am Mittwoch habe ich mit Frau Dr. Fix vom Deutschen Caritasverband ausführlich über junge Menschen mit familiären und persönlichen Problemen gesprochen, was bei ihnen letztlich auch zu enormen Schwierigkeiten bei der beruflichen Integration führt. Es gibt viele Hilfsangebote in den verschiedenen Sozialgesetzbüchern, die jedoch aufgrund unterschiedlicher Zuständigkeiten und fehlender Vernetzung nicht immer passgenau bei den Jugendlichen ankommen. Dies wird als Schnittstellen-Problematik bezeichnet, z.B. zwischen dem SGB 3 - Arbeitsförderung und dem SGB 8 – Kinder- und Jugendhilfe. Diese Problematik wollen und werden wir in Berlin in diesem Jahr ausführlich beraten und hoffentlich teilweise auflösen. Wichtig ist dabei, die erfolgreichen lokalen Lösungen zu berücksichtigen, die wir sehr gut auch vom Sozialdienst Katholischer Frauen und der Caritas in Essen kennen. Hier werden die Hilfsangebote aus den verschiedenen Sozialgesetzbüchern in konkrete Angebote aus einer Hand für die Jugendlichen zusammengeführt.

Umsetzung des Mindestlohns praxistauglich machen

In der Fraktionssitzung am 27. Januar 2015 haben wir auf Initiative des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) den Antrag „*Mindestlohn entbürokratisieren und auf Fehlentwicklungen überprüfen*“ einstimmig in unserer Fraktion beschlossen. Dieser Antrag ist die Grundlage dafür, was wir mit der Bundesarbeitsministerin im Koalitionsausschuss an diesem Sonntag verhandeln werden.

Die erheblichen bürokratischen Schwierigkeiten müssen praxistauglich gelöst werden. Der hohe Schwellenwert für die Nichtanwendbarkeit der Dokumentationspflichten nach dem MiLoG muss abgesenkt werden und auch für das Ehrenamt erwarten wir eine Lösung. Wir wissen, dass dies nicht einfach ist. Aber wir versuchen in den Verhandlungen alles.

Mehr Geld für Familien mit Kindern

Mit dem Gesetzentwurf wird die verfassungsrechtlich gebotene Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags für die Jahre 2015 und 2016 entsprechend den Vorgaben des 10. Existenzminimumberichts sichergestellt. Zur Förderung der Familien, bei denen sich der Kinderfreibetrag nicht auswirkt, soll das Kindergeld in gleichem Verhältnis für 2015 (4 Euro pro Monat) und 2016 (um weitere 2 Euro pro Monat) angehoben werden.

Daneben soll der Kinderzuschlag um einen Betrag von 20 Euro auf 160 Euro monatlich ab dem 1. Juli 2016 angehoben werden. Wir beraten den Gesetzentwurf der Bundesregierung in erster Lesung und haben in Göttingen überdies beschlossen, dass wir auch den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende im Rahmen dieses Gesetzes anheben wollen.

Vorschau für die kommende Woche

Mandatsträgerkonferenz der CDU NRW

Unmittelbar im Anschluss an das Plenum im Deutschen Bundestag in Berlin reise ich nach Kamp-Lintfort zur zweitägigen Mandatsträgerkonferenz der CDU NRW.

Schwerpunkt des dortigen Treffens aller Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneten der CDU Nordrhein-Westfalen ist die anhaltende Diskussion zur Energiewende. Denn kaum ein anderes Bundesland ist von den weiteren Plänen zur Energiewende so betroffen wie NRW.

Der Wirtschaftsstandort NRW und unsere energieintensive Industrie benötigen eine sichere und bezahlbare Energieversorgung, um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu bleiben. Zu Recht verweist beispielsweise die Industrie- und Handelskammer NRW in ihrem Positionspapier von März 2015 darauf, dass direkt und indirekt rund 240.000 Arbeitsplätze von der Energiewirtschaft abhängen; über 200.000 davon in energieintensiven Industriebranchen.

Ziel unseres Treffens ist die Verabschiedung eines Beschlusses, der auf Landes-, Bundes- und Europaebene Gehör finden muss.

Klausurtagung der AG Arbeit und Soziales in Frankfurt am Main

Am kommenden Montag und Dienstag findet die Klausurtagung der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Frankfurt am Main statt.

Neben Gesprächen mit der Frankfurter Flughafengesellschaft Fraport AG, der Deutschen Bahn AG sowie einer Diskussionsrunde mit der Gewerkschaft Cockpit zu möglichen Auswirkungen des Tarifeinheitsgesetzes wird es Gelegenheit zu einer Diskussion mit Dr. Manfred Schmidt, Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, über arbeitsmarktpolitische Folgen der Zuwanderung geben.

Das Programm sieht ferner eine Aussprache mit dem Präsidenten der Deutschen Bahn, Dr. Jens Weidmann, zu Auswirkungen der Euro-Krise auf unsere Konjunktur und den Arbeitsmarkt vor.

5. Altenessen-Konferenz

Am Sonntag, den 26.4.2015 findet ab 11 Uhr die 5. Altenessen-Konferenz in der Zeche Carl statt. Sehr gern folge ich auch in diesem Jahr der Einladung der Initiatoren und lade auf diesem Wege alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ein, sich an den Gesprächen zum „Zusammenleben in Altenessen, auf gute Nachbarschaft“ zu beteiligen.

Die "Altenessen-Konferenz" ist eine überparteiliche und öffentliche Plattform, die allen an der Entwicklung Altenessens Interessierten die Möglichkeit eröffnet, Herausforderungen des "Quartiers" auszumachen und aktiv anzugehen. Bürger, Anwohner, Geschäftsleute, Mitglieder von (Migranten-) Vereinen, Kirchen und Moscheen finden sich zu einer Interessengemeinschaft zusammen, die sich zum Ziel gesetzt hat, den Stadtteil Altenessen noch lebenswerter zu gestalten und nachhaltig zu fördern. Die Bedürfnisse, Anregungen und Fragen aller am Stadtgeschehen Beteiligten sollen im Mittelpunkt stehen, daher ist jeder herzlich eingeladen, mitzumachen. Eintritt frei!

... zu guter Letzt ...

Am **1. Mai um 10 Uhr** treffen wir uns auf dem **Burgplatz** am Info-stand der CDU / CDA. Unser Treffen hat mittlerweile gute Tradition und ich freue mich, wenn wir uns dort sehen!

„**Alles Neu macht der Mai**“, so lautet es im Volksbund. Das gilt auch für mich und meine Informationen aus Berlin für Sie. Seien Sie gespannt und lassen Sie sich überraschen. Bis dahin wünsche ich Ihnen eine erfolgreiche Woche und freue mich auf ein „WiederLESEN“ in der nächsten Sitzungswoche.



Sie finden mich auch auf www.facebook.com/JuttaEckenbachMdB